



Das Überwachungssystem noch effizienter gestalten

Das Überwachungssystem noch effizienter gestalten
Deutsch-russische Veterinärgespräche in Berlin
Auf Einladung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fanden am Montag in Berlin im Anschluss an die jüngste Inspektion russischer Behörden in Deutschland Fachgespräche zur Lebensmittelüberwachung zwischen den Veterinärdiensten beider Staaten sowie auf politischer Ebene statt.
Wie Staatssekretär Dr. Robert Kloos im Anschluss an die Gespräche erklärte, sei es das gemeinsame Ziel beider Seiten, das Überwachungssystem in Deutschland in Zukunft noch effizienter zu gestalten: "Die Zulassung und Überwachung von Exportbetrieben muss auf Länderebene von spezialisierten Einheiten übernommen werden", so Kloos. Mit den für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Bundesländern sei vereinbart worden, eine "Expertengruppe Export" unter Vorsitz des Bundes zu gründen, um auch die Möglichkeit der besseren Verzahnung aller beim Export tätigen Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung zu erörtern. Das Thema wird auch bei der Sonderkonferenz der Agrarminister der Länder und des Bundes am morgigen Mittwoch in Berlin erörtert werden.
Erste Schritte zum Aufbau der "Expertengruppe Export" unter Vorsitz des Bundes werden bereits in den kommenden Wochen erfolgen. "Ich werde meinen Kollegen in den Ländern empfehlen, dort ebenfalls entsprechende Expertengruppen zu bilden, die mit der Zulassung und Überwachung exportierender Betriebe befasst sind", sagte Kloos. Auch die Wirtschaft sei gefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken: "Es kann nicht sein, dass einzelne Betriebe die Anforderungen des Importlandes nur unzureichend umsetzen", kritisierte Kloos. Die betroffenen Betriebe werden nunmehr erneut überprüft werden, bei Verstößen gegen das russische Recht muss die Zertifizierung ausgesetzt werden. Diese Maßnahmen seien wichtig, um im Ausland das Vertrauen in die in Deutschland auf Länderebene liegende Lebensmittelüberwachung zu stärken - insbesondere in Russland, wo die Behörden in jüngster Zeit nach einer Inspektion deutscher Betriebe auf Defizite hingewiesen hatten.
Forderungen der russischen Seite in Zusammenhang mit dem Monitoring von Rückständen und der Zertifizierung von Lebensmitteln für den Export nach Russland sowie der aktuelle Bericht der russischen Inspektion werden in den kommenden Wochen analysiert. Weitere Gespräche auf Fachebene sowie auf politischer Ebene sind für Mitte Januar 2013 terminiert.

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.